



HESSISCHER LANDTAG

13. 12. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 15.10.2021

Polizeieinsätze in hessischen Kliniken

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Mitarbeiter von Krankenhäusern berichten, dass seit Jahren Polizeieinsätze in Kliniken zunehmen. Meist geht es dabei um randalierende Patienten in der Notaufnahme, die sich unzufrieden über die lange Wartezeit, die vermeintliche Bevorzugung anderer Patienten oder eine angeblich unsachgemäße oder fehlerhafte Behandlung beschweren.

Im Einvernehmen mit der Ministerin der Justiz und dem Minister für Soziales und Integration beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Wie viele Einsätze der Polizei fanden in den vergangenen fünf Jahren in hessischen Kliniken statt, deren Ursache randalierende oder in anderer Weise auffällige Patienten bzw. Besucher waren?
- Frage 2. Welche Kliniken waren besonders häufig von den unter 1. aufgeführten Einsätzen betroffen?
- Frage 3. Welches waren die häufigsten Anlässe für die unter 1. genannten Einsätze?
- Frage 4. In wie vielen der unter 1. aufgeführten Fälle wurden Strafanzeigen gegen die beteiligten Patienten bzw. Besucher erstattet?
- Frage 5. Welche Straftatbestände wurden in den unter 4. aufgeführten Fällen zur Anzeige gebracht?
- Frage 6. Wie viele der unter 4. aufgeführten Anzeigen führten zu einer Verurteilung, zu einem Freispruch bzw. zu einer Einstellung des Verfahrens?
- Frage 7. In wie vielen der unter 1. genannten Fälle wurde Personal des Krankenhauses oder andere Personen durch Patienten bzw. Besucher verletzt?
- Frage 8. In wie vielen der unter 7. genannten Fälle handelte es sich dabei um eine schwere Verletzung i.S. der Bestimmungen des § 226 StGB?

Die Fragen 1. bis 8. werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Gesonderte Statistiken zu Einsatzzahlen, Anzeigesachen und Ermittlungsverfahren im Sinne der Fragestellungen liegen weder dem Ministerium des Innern und für Sport, dem Ministerium der Justiz noch dem Ministerium für Soziales und Integration in automatisiert auswertbarer Form vor.

Eine entsprechende Erhebung müsste deshalb retrograd und komplett händisch erfolgen, was mit einem unverhältnismäßigen Personal- sowie Zeitaufwand verbunden wäre, sodass von dieser abgesehen wurde.

Wiesbaden, 6. Dezember 2021

Peter Beuth